

## Zukunftskongress

# MACH will Lücke schließen

**[30.04.2019] Wie mit der E-Rechnung, dem Onlinezugangsgesetz sowie künstlicher Intelligenz die Lücke bei der Digitalisierung geschlossen werden kann, macht das Unternehmen MACH zum Thema des diesjährigen Zukunftskongresses.**

Aktuellen Themen, etwa der Umsetzung der E-Rechnung und des Onlinezugangsgesetzes (OZG) oder dem Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung, widmet sich die Firma MACH beim 7. Zukunftskongress Staat & Verwaltung (27. bis 29. Mai 2019, Berlin). Das Unternehmen ist nicht nur an Stand B 0214 zu finden. Auch im Zukunftsforum I.3 zum Thema KI und die Rolle des Staates ist MACH durch das mit der Universität zu Lübeck gegründete Joint Innovation Lab (JIL) vertreten. Hier werde der Einsatz künstlicher Intelligenz aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im Mittelpunkt stehe die KI-Strategie des Bundes sowie die Fragen: Welche Impulse kann der Staat tatsächlich setzen, was ist in welchem Maß sinnvoll? Welche Rolle fällt Verwaltung und Behörden zu? Wie die E-Rechnung die IT des Bundes konsolidiert, darum geht es im Best-Practice-Dialog II. C9. Hier wird Ulrich Müller, stellvertretender Leiter Haushaltsreferat beim Statistischen Bundesamt, Verlauf, Status und Erfahrungen des E-Rechnungsprojekts in seiner Behörde vorstellen, kündigt MACH an. Basis des Projekts sei die E-Rechnung von MACH und Schütze. Tobias Adam, Segmentmanager Bundesverwaltungen bei der MACH AG, erläutere, wie das Mastertemplate E-Rechnung mit der IT- und Dienstekonsolidierung zusammenspielt. Er kläre unter anderem, was standardisiert werde und was das für die Roll-out-Planung der Bundesverwaltung bedeute. **Internationaler Austausch** Außerdem ist MACH am Zukunftskongress DACH-Dialog III.C – Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu neuen Leitgedanken – beteiligt. MACH-CIO Christian Rupp, zugleich Digitalisierungsexperte aus Österreich, werde in dem Round-Table-Gespräch mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft den Mehrwert der verschiedenen Maßnahmen erörtern. Es werde zudem der Frage nachgegangen, wie die Schweiz, Österreich und Deutschland jeweils auf ihre föderalen Strukturen blicken. Sehen sie diese als Chance oder als Hemmnis? Unter anderem in Bezug auf die OZG-Umsetzung und die EU-Verordnung über ein zentrales digitales Zugangstor seien hier spannende Antworten zu erwarten. Ziel des transnationalen und interdisziplinären Austauschs sei die Entwicklung neuer Leitideen für öffentliche Entscheidungsträger. Im Best-Practice-Dialog III. C5 schließlich wendet sich MACH noch einmal dem Thema künstliche Intelligenz zu: KI – der Computer in Erklärungsnot. „Der Einsatz von KI in der Verwaltung ist differenziert zu betrachten“, sagt Lena Müller-Ontjes, Leiterin des Best-Practice-Dialogs auf dem Zukunftskongress. „Denn während es bei Google, Amazon und Co. lediglich zu einem weniger erfolgreichen Benutzer- oder Einkaufserlebnis führt, sind die Auswirkungen falscher Ergebnisse eines KI-Verfahrens in der Verwaltung mitunter deutlich weitreichender.“ Insbesondere an rechnenschaftspflichtigen Stellen geht es laut MACH darum, Ergebnisse nachvollziehbar erläutern zu können. Gelingt dies nicht, bleibe der Einsatz an vielen Stellen im öffentlichen Bereich voraussichtlich verwehrt. Hier biete sich der Einsatz so genannter erklärbarer KI an. Der Workshop liefert laut MACH einen Impulsvortrag mit Erläuterungen und Beispielen für beide Ausprägungen – konventionell und erklärbar – künstlicher Intelligenz und lädt anschließend zur Diskussion ein.

(ve)

Stichwörter: Messen | Kongresse, MACH, E-Rechnung, KI, OZG, Zukunftskongress Staat & Verwaltung  
2019